



Ali Baş

Sprecher für Lehrerbildung und interreligiösen Dialog



Newsletter I – 2016

10.03. 2016

Inhalt

- 1. Flüchtlingsarbeit**
- 2. Integrationsplan NRW**
- 3. Kommunale Integrationszentren**
- 4. Grüne Zusammenarbeit Münsterland-Niederlande**
- 5. Lehrer*innenbildung**
- 6. Ali vor Ort**
- 7. Jugendlandtag**
- 8. Termine für Besucher*innengruppen**

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Integration der Flüchtlinge ist die zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe dieses Jahres und natürlich darüber hinaus. Deshalb wird die grüne Fraktion im Landtag die Integrationsarbeit zum Schwerpunkt des ersten Halbjahres 2016 machen. Die Integration findet vor Ort statt, deshalb kann sie nur gelingen, wenn sie in engem Austausch mit euch in den Städten und Gemeinden verläuft. Dazu möchte ich mit diesem newsletter beitragen.

Mein Büro steht euch für Fragen gern zur Verfügung:

ali.bas@landtag.nrw.de

0211 884 2823

Darüber hinaus gebe ich euch einen kurzen Überblick über weitere Aktivitäten und Angebote für Zusammenarbeit.

Mit vielen grünen Grüßen

1. Flüchtlinge und Integration

Die Integration von mehreren hunderttausend Menschen in unsere Gesellschaft ist eine enorme Herausforderung, der wir uns stellen müssen und wollen. Nur mit der notwendigen Klarheit zur Benennung von Konflikten und Problemen auf der einen Seite und der Offenheit

zur wechselseitigen Auseinandersetzung und dem Mut zu einer politischen Kraftanstrengung auf der anderen Seite wird es uns gelingen, die zu uns gekommenen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Religion in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Aus dieser Erfahrung wissen wir, dass erfolgreiche Integrationspolitik eine klare Orientierung und ein klares Leitbild benötigt. Grundlegendes Ziel unserer Integrationspolitik ist ein friedliches Zusammenleben aller Menschen unseres Landes in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

Die Aufnahme der Menschen, die vor Zerstörung und Krieg, vor Diktatur und Armut flüchten, stellt sich für uns Grüne in drei Bereichen:

1. Die akute Aufnahme in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften des Landes und in den Flüchtlingseinrichtungen der Kommunen,
2. Der mittel- und langfristigen Integration derjenigen, die bei uns bleiben,
3. Dem Kampf gegen rechte Ideologien, die aus rassistischen Gründen gegen Flüchtlinge hetzen und auf deren Rücken ihr politisches Süppchen kochen wollen.

Dabei wollen wir Grüne uns nicht in ein Wolkenkuckucksheim begeben, sondern die enormen Schwierigkeiten dieses Prozesses realistisch erfassen. Dazu hatten wir für das letzte Münsterlandtreffen am 18.11. 2015 unseren Telgter Bürgermeister Wolfgang Pieper eingeladen.

Zu 1.1. Erstaufnahme und Unterbringung

Wolfgang Pieper berichtete, dass aktuell die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern etwa ein Drittel seiner Arbeitskapazitäten einnehme. Viele Fragen seien neu zu entscheiden, und in einer kleineren Verwaltung oft unmittelbar durch die Verwaltungsspitze selbst. Einen nicht unerheblichen Teil erfordere auch die notwendige Kommunikation in die Stadtgesellschaft hinein, damit eine positive Stimmung in der Stadt erhalten bleibe.

In Telgte sei es bisher gelungen, die Unterbringung der Flüchtlinge in einem positiven Rahmen zu halten. Dies sei aber nur mit dem großen Einsatz der Bediensteten der Verwaltung gelungen und mit Hilfe des Vereins „zusammen Leben ist besser“ aus Telgte, der ein hohes ehrenamtliches Potential geschaffen habe.

Insgesamt teilte Wolfgang den Eindruck, dass viele Kommunen an ihrer Belastungsgrenze seien und deshalb dringender Entlastung von Seiten des Landes, insbesondere aber des Bundes bedürften.

Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung von Landesseite

Die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung ist klar geregelt. Die Fraktionen von SPD und Grünen im Landtag haben mit den Verbänden der Städte und Gemeinden am 16.12. 2015 eine vertragliche Vereinbarung getroffen, siehe Seite 2 Punkt II. in:

http://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/ltf/Newsletter/Fluechtlinge/Vereinbarung_KSV_GRUENE_SPD.pdf

1. Für das Jahr 2016 ist eine personenscharfe Abrechnung verwaltungsmäßig noch nicht zu leisten.
2. Deshalb erhalten alle Kommunen des Landes insgesamt 1,94 Milliarden Euro. Diese Summe ergibt sich aus den am 16.12. 2015 vorliegenden Zahlen, nämlich 194.000 Flüchtlinge mal 10.000 €. Die Summe wird erhöht, wenn sich die Zahl der Flüchtlinge erhöht.

3. Verteilt wird das Geld auf die Kommunen nach dem schon immer geltenden Schlüssel des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, der sich an der Größe der Kommune orientiert.

Den Betrag für eure Kommune könnt ihr der anliegenden Tabelle „Modellrechnung...“ entnehmen.

Wer mehr Details wissen möchte:

<http://monika-dueker.de/2015/12/faire-finanzausstattung-fuer-die-fluechtlingsunterbringung/>

4. Ab dem Jahr 2017 erhalten die Kommunen personenscharfe Leistungen, und zwar monatlich.

Die Kolleginnen und Kollegen der CDU, versuchen immer wieder, die Finanzierung verzerrt darzustellen. Wenn bei euch solche Artikel erscheinen, informiert mich, ich gehe gern darauf ein (z.B. Anlage mit Artikel der WN aus Drensteinfurt).

Zusätzlich zu den Mitteln für die Kommunen stehen für die mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen verbundenen Aufgaben des Landes NRW 2016 rund zwei Mrd. Euro zur Verfügung. Damit finanziert das Land unter anderem zusätzliche Lehrerstellen und Kitaplätze, eine Wohnungsbauoffensive, zielgruppenorientierte Integrationsprojekte sowie verbesserte Gesundheitsmaßnahmen für die Integration von Flüchtlingen.

http://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressemitteilungen/2015_16_LegPer/PM20151218/index.html

Bund übernimmt seine Verantwortung nicht

Die Leistungen des Landes decken die Kosten für die Kommunen allerdings nicht ab, je nach Lage liegen diese geschätzt bei 12.000€ bis 14.000€.

Hier muss die mangelnde Bereitschaft des Bundes hingewiesen werden. Die Aufnahme von Flüchtlingen, die aufgrund von Krieg und Zusammenbruch anderer Staaten zu uns kommen, ist vorrangig Bundesaufgabe. Der Anteil des Bundes an den vier Milliarden Euro des Landes ist bislang lediglich 796 Millionen oder 19,6 % und war damit sogar rückläufig. Dies haben Ende Februar die Finanzminister von Bayern (!) und NRW in einem gemeinsamen Brief an die Bundesregierung scharf kritisiert.

Ebenso sieht es der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Schneider, in einem Brief vom 29.02. 2016:

„Ich teile ebenso Ihre Einschätzung zu der Forderung der vollständigen Kostenübernahme der Flüchtlingsversorgung durch Bund und Land. **Die enormen Haushaltsüberschüsse vor allem auf Seiten des Bundes lassen hier auch durchaus Spielraum zu.** Diese Position deckt sich im Übrigen auch voll und ganz mit der Linie des Städte- und Gemeindebundes NRW. (Hervorhebung von mir, AB)“

Zu 1.2. Mittel- und langfristige Integration

Die zentralen Herausforderungen an die Integration haben wir im Oktober eingehend in einer Veranstaltung gemeinsam mit dem KV Hamm diskutiert. Referentin war unsere

Europaabgeordnete Ska Keller. Hier war das klar formulierte Ziel, das gerade wir Grünen ein friedliches Zusammenleben in einer offenen, vielfältigen und pluralen Gesellschaft wollen.

NRW hat im letzten Jahr über 300.000 Menschen aufgenommen, etwa 70.000 sind in andere Bundesländer gegangen, etwa 210.000 sind in die Unterkünfte der Städte und Gemeinden des Landes gekommen. Viele der Kriegsflüchtlinge werden in Deutschland bleiben wollen. Schätzungen gehen von bis zu 500.000 neuen Bürgerinnen und Bürgern in NRW aus. Das wären etwa drei Prozent der Bevölkerung in NRW. Das sind nur drei von hundert. Auf der anderen Seite aber 8.000 für den Kreis Warendorf oder 12.500 für den Kreis Steinfurt, um die Größenordnungen grob darzustellen.

Zu 1.3. Gegen rechtspopulistische und rechtsradikale Stimmungsmache

Der Zuzug von Flüchtlingen ist für viele Menschen Anlass für Fragen und auch für Ängste. Diese Fragen und Ängste müssen wir ernst nehmen und auch beantworten. Ängste baut man am besten durch Begegnung ab. Nicht zuletzt sind die Ängste vor Flüchtlingen und Menschen aus dem Ausland dort am größten, wo es die wenigsten gibt.

Keinen Raum aber darf es für rechtspopulistische Stimmungsmache und rechtsradikale Aktionen geben. Die AFD schwimmt auf dieser Welle, wir stellen uns der AFD, wir setzen uns mit ihr mit Argumenten und mit Aktionen auseinander.

Deshalb habe ich für das nächste Münsterlandtreffen am 7. April 2016 vorgeschlagen, hier einen Schwerpunkt zu bilden und die Experten von der Beratungsstelle mobim Münsterland einzuladen.

2. Integrationsplan NRW

Integrationskongress der Landtagsfraktion

Der Integrationskongress der Landtagsfraktion am 21. Februar 2016 war ein wichtiger und gelungener Baustein, vgl.

<http://gruene-fraktion-nrw.de/aktuell/aktuelldetail/nachricht/wir-alle-sind-nrw-600-menschen-diskutieren-ueber-integration.html>

Es wurde deutlich, dass Integration gelingen kann, Angst ist fehl am Platze. Gerade NRW ist ein Integrationsland, schon immer gewesen. Aber Integration ist nicht einfach, bedarf der Anstrengung und bringt auch Konflikte mit sich. Diese aber können produktiv gelöst werden, Integration verändert auch die, die schon da sind. Eine Zusammenfassung des Kongresses wird im Juni vorgelegt, interessant ist aber auch schon eine Überblick über die Thematik, siehe

http://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/ltf/Publikationen/Einladungen/Einladung-Integrationskongress.pdf

NRW braucht einen Integrationsplan

Grüne und SPD im Landtag wollen alle Fraktionen im Landtag, alle gesellschaftlichen Kräfte im Land zu einer gemeinsamen Integrationsplanung einladen. Die Debatte um den richtigen Weg ist notwendig, parteipolitisches Hickhack absolut fehl am Platze.

Am 3. März 2016 haben Bündnis 90/Die Grünen und SPD einen grundlegenden Antrag für einen Integrationsplan in den Landtag eingebracht. Dieser Antrag wird in den kommenden Monaten in den Ausschüssen gemeinsam mit CDU, FDP und Piraten diskutiert, die Fachwelt wird angehört und um Stellungnahme gebeten.

Der Antrag soll Anfang Juni im Landtag verabschiedet werden und wird die Eckpunkte für den Integrationsplan der Landesregierung enthalten.

Der gesamte Antrag (21 Seiten) unter http://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/ltf/Drucksachen/Antraege/16_WP/Antrag_16-11229-Integration.pdf

3. Kommunale Integrationszentren

Münsterland zieht bei Kommunalen Integrationszentren (KIZ) nach: Die Kreise Borken, Coesfeld und Steinfurt richten endlich ein KIZ ein

Mit der Finanzierung der Kommunalen Integrationszentren durch das Land NRW verfügt Nordrhein-Westfalen bereits jetzt über eine Integrations-Infrastruktur, die einmalig in ganz Deutschland ist. Dabei finanziert das Land für die kreisfreien Großstädte und die Landkreise 5,5 Stellen jährlich. Dieses Angebot gilt es sowohl dem Umfang als auch dem Auftrag nach auszubauen. Rund 14,2 Mio. Euro stehen hierfür bereit. Das entspricht etwa drei weiteren Stellen pro KIZ.

Sie koordinieren die Arbeit der verschiedenen Felder der Integration. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag, wertvoll sind sie gerade in Landkreisen. So muss nicht jede Kommune das Rad neu erfinden. Die Kreise Borken, Coesfeld und Steinfurt haben sich lange gegen die Einrichtung eines KIZ gesträubt.

Vor diesem Hintergrund hatten die grüne Kreistagsfraktion Borken und das Büro Ali Bas am 8. September 2015 eine Veranstaltung in Ahaus zum Thema KIZ mit Christiane Bainsky und dem münsteraner Integrationsforscher Al Mafaalani durchgeführt. Siehe hierzu z.B.:

http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/sites/default/files/public/system/downloads/kiz_infolyer_dinlang_hr.pdf

<http://politechnik.de/bildungsungleichheit-ist-nicht-gleich-verteilt-zur-bildungsbenachteiligung-tuerkischer-schuelerinnen-in-deutschland-aladin-el-mafaalanithomas-kemper/>

Seitdem ist nun einiges in Bewegung gekommen – wohl mehr wegen des Drucks der Flüchtlingsbewegung als wegen unserer Veranstaltung. Aber wir haben die grüne Vorstellung von Integrationsarbeit deutlich machen können.

Ich biete euch gern an, über die Möglichkeiten eines KIZ zu informieren und das KIZ in eurem Kreis zu besuchen.

4. Grüne Zusammenarbeit Münsterland-Niederlande

Beim grünen Münsterland-Treffen im Juni letzten Jahres hatten wir uns mit unseren niederländischen Freund*innen von groen-links getroffen und eine weitere Zusammenarbeit vereinbart. Inzwischen hat es ein weiteres Treffen gegeben, das gemeinsame Arbeitsgebiete und weiteres Vorgehen besprochen hat.

Alles weitere dazu habe ich in einem eigenen newsletter zusammengefasst.

5. LehrerInnenbildung wird fit gemacht

NRW hat nicht nur für die zusätzlichen Anforderungen von Inklusion und Integration 5.700 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Auch im Rahmen der Lehrerbildung machen wir NRW fit für die neuen Herausforderungen.

5.1. Weitere 6 Millionen Euro für Deutsch als Zweitsprache

Die Qualifizierung aller Studierenden im Bereich ‚Deutsch als Zweitsprache‘ ist seit Herbst 2011 für das Lehramtsstudium in NRW verbindlich. Den Anforderungen folgend investiert NRW nun in die Fortbildung von Lehrer*innen in diesem Bereich:

http://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressemitteilungen/2016_16_LegPer/PM20160302_MIWF_MSW_Deutsch_als_Zweitsprache/index.html

5.2. Fit für Inklusion, Integration und Digitale Bildung

Das Lehrerbildungsgesetz (LABG) wird von Grünen und SPD ebenfalls den Anforderungen entsprechend weiter entwickelt. Die wesentlichen Eckpunkte der Weiterentwicklung umfassen:

Der Umgang mit Vielfalt wird Gegenstand der Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer. Anforderungen an sonderpädagogische Basiskompetenzen werden für alle künftigen Lehrerinnen und Lehrer definiert. Fragen der Inklusion werden künftig verbindlich im Studium der Fachdidaktiken für die einzelnen Fächer berücksichtigt.

Der Quereinstieg in das Lehramt an Berufskollegs wird für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen einfacher. Zum einen werden Leistungen aus dem Fachhochschulstudium leichter angerechnet werden können, zum anderen wird auf den Nachweis einer zweiten Fremdsprache verzichtet.

Die Mindestanforderungen an die Lateinkenntnisse für Lehramtsstudierende des Lehramts an Gymnasien und Gesamtschulen werden den heutigen schulischen Unterrichtsanforderungen angepasst: Lateinkenntnisse müssen in den Fächern der modernen Fremdsprachen nicht mehr zwingend nachgewiesen werden; in den Fächern Geschichte und Philosophie/Praktische Philosophie reicht fortan das Niveau des kleinen Latinums aus.

Fragen der Medienkompetenz erhalten einen festen und verbindlichen Platz im Vorbereitungsdienst der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter. Außerdem wird die technische Ausstattung der Zentren für schulpraktische Lehrerbildung deutlich verbessert. Dafür werden von 2016 bis 2019 rund 4,5 Millionen Euro investiert.

6. Ali vor Ort

Gern komme ich zu euch in die Stadt oder den Kreis.

Die Möglichkeiten sind vielfältig: So war ich im Februar beim Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt, am Wochenende bei der Eröffnung eines Zentrums für Flüchtlinge in Iserlohn oder bei einem workshop zur Arbeit gegen Rechts des KV Hochsauerland in Meschede. Am Freitag, dem 11.3. 2016 darf ich einen halben Tag in Telgte an der Flüchtlingsarbeit des Sozialamtes teilnehmen, am 25. April 2016 machen wir gemeinsam mit der Kreistagsfraktion Borken eine Veranstaltung zu AFD und Co, die kommunalen Integrationszentren habe ich angesprochen, Besuche in Flüchtlingsunterkünften und Gespräche mit muslimischen Gemeinden tragen viel zum gegenseitigen Kennenlernen bei. Die Resonanz ist durchgängig positiv, die Presse gut.

7. Jugendlandtag

Drei Tage lang viele Termine im Parlament

Vom 23. - 25. Juni 2016 wird in der Landeshauptstadt Düsseldorf der nächste Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen stattfinden. Jugendliche aus ganz NRW im Alter zwischen 16 bis 20 Jahren können dann im Parlament drei Tage lang die Abgeordneten „vertreten“.

Sämtliche Kosten – auch Übernachtung und Verpflegung - werden vom Landtag übernommen (Fahrtkosten werden anteilig erstattet). Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende oder junge Berufstätige direkt bei mir.

Seit 2008 findet jedes Jahr der dreitägige „Jugend-Landtag“ im Düsseldorfer Parlament statt. Dabei werden die parlamentarischen Abläufe von Fraktionssitzungen über Ausschuss-Sitzungen bis hin zur Plenarsitzung nachgestellt. Mehr als 1500 Jugendliche konnten seitdem in die Rolle der Abgeordneten schlüpfen und den Arbeitsalltag eines Politikers/ einer Politikerin selbst erleben. Ziel ist es, über die parlamentarische Arbeit zu informieren und zu langfristigem politischem Engagement zu ermuntern.

Auch der achte Jugend-Landtag wird sich mit aktuellen Themen beschäftigen. Diese können die Teilnehmer/innen aus zehn Vorschlägen auswählen. Die Beschlüsse der „Jugend-Landtagsabgeordneten“ werden den Abgeordneten des realen Parlaments anschließend zur Kenntnis gegeben. Ausreichend für die Bewerbung sind eine E-Mail, ein Fax oder ein Brief mit Adresse und Altersangabe sowie eine Erläuterung, warum man beim Jugend-Landtag mitmachen möchte.

Bewerbungsschluss ist der 04.04.2016.

Weitere Informationen zum Jugend-Landtag sind erhältlich beim Sachbereich „Jugend und Parlament“ des Landtags NRW, Dorothea Dietsch, Telefon: 0211/884-2450, Mail: dietsch@landtag.nrw.de. Impressionen und Berichte von den bisherigen Jugend-Landtagen finden sich auf der Internetseite www.jugend-landtag.de in der Rubrik "Jugend-Landtag".

8. Termine für Besucher*innengruppen

Im Rahmen des Besuchsprogramms der Landtagsverwaltung kann ich noch folgende Termine anbieten:

Mi, 11.05.	14.45 Uhr	20 Personen
Mi, 08.06.	15.00 Uhr	20 Personen
Fr, 10.06.	11.30 Uhr	40 Personen
Fr, 07.07.	13.00 Uhr	20 Personen
Fr, 07.07.	14.15 Uhr	40 Personen

Das Programm im Landtag dauert etwa vier Stunde. Es umfasst eine Einführung (60 min), den Besuch einer Plenardebatte (30-60 min), Diskussion mit mir (60 min) und Kaffee und Kuchen. Fahrtkosten werden hälftig bezuschusst. Die Kombination mit interessanten Stätten Düsseldorfs bietet sich an.